

**(Abg. Glombika.)**

- (A) Zölle in geringerem Umfange, als es die Großagrarien und Industriekapitäne verlangten, zu bewilligen. Es sind dieselben Kreise, die noch immer der außerordentlichen Besteuerung der werktätigen Bevölkerung zugestimmt oder stillschweigend zugeesehen haben, selbst wenn auf der anderen Seite eine systematische steuerliche Entlastung der besitzenden Kreise herbeigeführt wurde. Ich sage also, jene Kreise haben nur konsequent gehandelt. Man kann nicht dem Dawes-Pakt zustimmen, man kann nicht die Abmachungen von Locarno gutheißen und auf der anderen Seite einen energischen Kampf führen dafür, daß die Arbeiterschaft eine Lebens- und Existenzmöglichkeit hat. Das eine schließt das andere aus, und in dieser Hinsicht sind also jene „Arbeiterführer“ sich stets konsequent geblieben.

Das Vorgehen der Unternehmer, jede Lohnforderung der betreffenden Arbeitergruppe sofort mit Riesenausparungen zu beantworten, erfolgt immer wieder zu dem durchsichtigen Zweck, die Arbeiterschaft vor allen Dingen zu belasten mit den Erfordernissen des Dawes-Pakts. Man versucht systematisch, jede Lohnforderung der Arbeiter von vornherein zu unterbinden, bestehende Löhne möglichst sogar noch abzubauen. Nach dieser Richtung ist ein Beispiel bekannt geworden, welches außerordentlich bezeichnend ist für die Methoden in Unternehmertreihen. Ich meine damit die Veröffentlichung im Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“ unterm 17. November. Darin wird ein Gespräch geschildert, welches ein Herr Dr. Schmidt, der Syndikus des Arbeitgeberverbandes in Aue, am Mittwoch den 4. November d. J. im Schnellzug von Zwickau nach Dresden geführt hat. Der betreffende Bericht-erstatte ist jederzeit bereit, dieses Gespräch eidlich zu erhärten. Dort wird erzählt, daß Dr. Schmidt von den Verhandlungen um die Betriebsstillegung der Frankonia-

- (B) Werke in Beierfeld sprach. Dr. Schmidt erzählte in ziemlich großsprecherischer Art, daß er den Inhabern der Frankonia-Werke gesagt habe, daß sie ein ganz falsches Lohnsystem haben, daß sie viel zu hohe Löhne zahlen, daß die Arbeiter bei ihnen viel zu viel verdienen und daß darum der Betrieb nicht rentabel genug sei. Dr. Schmidt habe der Leitung des Frankonia-Werkes vorgeschlagen, von Grund aus geänderte Lohnverhältnisse zu schaffen, die den Lohn der Arbeiter erheblich kürzen. Dr. Schmidt meinte dabei, daß die Mehrzahl der Arbeiter überhaupt froh sei, Arbeit zu haben, und daß man nur mit dieser Methode einige Stänker und Kommunisten, die noch im Betriebe sind, bei der Neuordnung der Lohnverhältnisse los werden könne. Den Betrieb stillzulegen, sei das einzige Mittel, für die Arbeiter schlechtere Lohnbedingungen festzulegen (Sehr richtig! b. d. Komm.) und nach einiger Zeit dann den Betrieb mit neuen Arbeitern und neuen Lohnbedingungen wieder zu eröffnen.

Diesen Vorschlag des Unternehmer-Syndikus hat sich die Leitung des Frankonia-Werkes in Beierfeld tatsächlich zu eigen gemacht. Sie hat, wie bekannt geworden ist, bei der Regierung den Antrag gestellt, den Betrieb stilllegen zu dürfen, und wenn man diese Tatsache mit den Äußerungen des genannten Dr. Schmidt in Verbindung bringt, dann ist die Arbeiterschaft berechtigt, hier von einem System zu sprechen. Sie ist aber auch berechtigt, soweit sozialdemokratische Arbeiter in Frage kommen, von ihren politischen Freunden in der Regierung zu verlangen, daß sie die bisherigen Methoden der Betriebsstillegung sehr genau nachprüfen, daß sie vor allen Dingen Nachprüfungen unter maßgebender Mitwirkung der Betriebsräte jener Betriebe anstellen und daß sie überall dort, wo auch nur die leiseste Gewißheit einer willkürlichen, unberechtigten BetriebsEinstellung nachgewiesen

werden kann, mit Enteignung der Betriebe zunächst (C) drohen und sie in allen Fällen durchführen, wo eben diese Sabotage oder dieser Betriebsbojkott von Seiten der Unternehmer sich irgendwie nachweisen läßt. (Abg. Lieberasch: Das wäre eine Wohltat für die Unternehmer; dann wären sie alle ihre Sorgen los!)

Meine Damen und Herren! So wie in dem vorliegenden Falle der Frankonia-Werke scheint es in einer sich häufenden Zahl von Fällen in der Textilindustrie, aber auch in der gesamten Industrie zu liegen; denn anders ist die Tatsache nicht zu erklären, daß die Androhung der Betriebsstillegung sich immer dann gegen die Arbeiterschaft richtet, wenn diese irgendwelche wirtschaftliche Forderungen stellt, daß in Hunderten von Fällen heute die Unternehmer sogar die Arbeiterschaft mehrere Wochen hintereinander arbeiten läßt und dann behauptet, es seien keine flüssigen Mittel vorhanden, sie könnten nur eine ganz geringe Abschlagszahlung auf den Lohn bekommen. Beispielsweise ist mir diese Methode speziell im Limbacher Bezirk bekannt geworden. Dort wird mir aus einem größeren Färbereibetriebe — ich darf behaupten, es ist der größte Färbereibetrieb im Limbacher Bezirk — mitgeteilt, daß die Arbeiter dieses Betriebes bereits 4 Wochen ohne Lohnabrechnung gearbeitet haben, daß sie immer nur einen kleinen Teil des zu beanspruchenden Lohnes erhalten mit der Begründung, es seien keine flüssigen Mittel vorhanden.

Ähnlich ist es in unzähligen anderen Fällen. Der Arbeiterschaft wird gesagt: Wenn Ihr Euren vollen Lohn beansprucht, sind wir gezwungen, den Betrieb zu schließen; begnügt Ihr Euch mit Teilzahlungen auf unbestimmte Zeit, dann sind wir in der Lage, Euch weiter zu beschäftigen. Das ist ein System, welches ein Ungeheuerliches für die Arbeiterschaft bedeutet (Sehr richtig! b. d. Komm.), ein System, das in den seltensten Fällen mit Berechtigung angewendet wird — (Zuruf rechts: Die Finanzlage!), ich sage, ein System, welches in den seltensten Fällen mit Berechtigung angewendet wird. Wir verkennen durchaus nicht, (Zuruf b. d. Komm.: Die Unternehmer begnügen sich auch nicht mit Teilzahlungen!) daß es in Einzelfällen für kleine kapitalschwache Unternehmer schwer ist, die volle Lohnrate aufzubringen. Aber wir dürfen ohne weiteres behaupten, daß in der Mehrzahl dieser Fälle ein System mit ganz bestimmten Absichten liegt. (Abg. Böttcher: In 99 Proz. aller Fälle! — Stellv. Präsident Dr. Hübschmann: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen!)

Diese Absichten bewegen sich in der Richtung, den bevorstehenden Ablauf der Tarifverträge, besonders soweit die Textilindustrie in Frage kommt, durch solche Maßnahmen zu beeinflussen. Indem man den Anschein erweckt, daß keinerlei flüssige Mittel aufgebracht werden können, um die Löhne voll abzudecken, will man von vornherein der Verbandsbureaucratie die Möglichkeit geben, irgendwelche Forderungen um Erhöhung der Löhne abzudrosseln. Das ist in erster Linie der Beweggrund, mit solchen Methoden gegenüber der Arbeiterschaft vorzugehen; und von allen, die noch Sympathie, noch einiges Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft sich bewahrt haben, besonders soweit frühere Proletarier heute Minister sind oder mit außerordentlichen Vollmachten zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum als Schlichter tätig sind, müßte man erwarten, daß sie die offenkundige Sabotage des Unternehmertums mit allen möglichen Mitteln zu verhindern versuchen.

Die sächsische Regierung, soweit sie aus Sozialdemokraten besteht, hat dieses Bedürfnis nicht, sie fühlt sich viel zu wohl in dem unnatürlichen Konkubinat einer Roa-